



Niederschrift

über die
**14. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des
Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 09.03.2021
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heike Behr	
Abg. Jürgen Borngräber	Vertretung für Abgeordnete Ute Gudella-de Graaf
Abg. Doris Brandt	bis TOP 7
Abg. Heinz-Friedrich Carstens	
Abg. Erich Gajdzik	
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Ursula Hoppe	
Abg. Hans-Joachim Jaap	ab TOP 4
Abg. Hans-Jürgen Krahn	
Abg. Ingolf Lienau	
Abg. Dr. Klaus Rinck	
Abg. Erika Schmidt	
Abg. Rainer Sommermann	

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Flake
Herr Helmut Sündermann

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)	
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)	bis TOP 4
Frau Antje Brünjes (Amt 50)	
Frau Carmen Menzel (Amt 53)	bis TOP 4 per Videokonferenz zugeschaltet
Herr Gregor Stein (Amt 55)	
Frau Lara-Fabienne Tenzer (Amt 50)	

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 12.11.2020
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Änderung der Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit eines Behindertenbeirates im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2016-21/1204
- 6 Bericht zur Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und Sachstand zur Einführung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)
Vorlage: 2016-21/1203
- 7 Bericht über die kommunale Eingliederungsmaßnahme nach § 16a Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – Case-Manager
Vorlage: 2016-21/1207
- 8 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Schmidt eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig unter Streichung des nichtöffentlichen Teils in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 12.11.2020**

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig (bei 3 Enthaltungen) den nachstehenden Beschluss.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 12.11.2020 wird genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

a) Bericht über die aktuelle Situation zur Corona-Pandemie

Frau Menzel stellt die Präsentation „Corona-Pandemie März 2021“ vor. Im Anschluss erkundigt sich **Abg. Lienau** danach, ob das im Rahmen der Haushaltsgespräche erwähnte Personal zwischenzeitlich eingestellt wurde. Hierzu informiert **Frau von Ostrowski**, dass es sich hierbei um Stellen handelt, die aufgrund des „Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ geschaffen werden sollen und für deren Umsetzung noch eine Vereinbarung erforderlich ist. Allerdings wurden bereits zum 01.12.2020 und 01.01.2021 insgesamt drei Auszubildende zum Hygiene-Kontrolleur eingestellt, um die Gesundheitsämter zukunftsfähig zu machen. Dann nimmt **Abg. Lienau** Bezug auf die in der Präsentation erwähnten Bußgelder und beschreibt seine Sorge, dass hierdurch das menschliche Miteinander und der Zusammenhalt gefährdet werden könnten. **Frau von Ostrowski** erklärt, dass der Großteil der Verstöße von der Polizei festgestellt wurde und verweist, auf weitere Nachfrage von **Abg. Lienau**, darauf, dass die Bußgelder zumindest für den Infektionsschutz effektiv sind. Zudem sorgt sich **Abg. Lienau** um eine Zunahme von psychischen Problemen im Landkreis, insbesondere die von Kindern und Jugendlichen, und erkundigt sich, ob hierüber Erkenntnisse vorlägen. **Vors. Schmidt** verweist darauf, dass diese Problematik bereits im Jugendhilfeausschuss thematisiert wurde und das Jugendamt sich hervorragend kümmere.

Auf Nachfrage zum Impfzentrum von **Abg. Brandt** verweist **Frau von Ostrowski** darauf, dass es sich bei diesem um eine Einrichtung der Katastrophenschutzbehörde handelt. An sich sei daher der Ausschuss für Feuerschutz und Rettungsdienst zuständig. Die Organisation und personelle Ausstattung werde zudem morgen im Ausschuss für Personal- und Organisationsentwicklung behandelt. Deshalb könnten hier allenfalls Einzelfragen beantwortet werden. **Abg. Krahn** und **Abg. Sommermann** bitten um Auskunft, wie viele Impfungen aktuell pro Woche im Impfzentrum durchgeführt werden können. Ergänzend erkundigt sich **Abg. Krahn** danach, was seitens des Landkreises getan werde, um Impfdosen an die Arztpraxen zu geben. Hierzu teilt **Frau von Ostrowski** mit, nach zeitlicher Erweiterung könnten voraussichtlich wöchentlich im Impfzentrum etwa 7.000 bis 8.000 Impfungen durchgeführt werden, perspektivisch nach weiterer Ausweitung der Kapazitäten 8.000 bis 9.000 Impfungen. Hinsichtlich der Arztpraxen erklärt sie, dies werde maßgeblich aus Hannover gesteuert und die Beteiligung des Landkreises sei aktuell noch offen. **Abg. Hoppe** erkundigt sich, wann Erzieherinnen und Erzieher geimpft werden können. Hier informiert **Frau von Ostrowski** darüber, dass, unter Berücksichtigung des verfügbaren Impfstoffbestandes, Termine vereinbart werden könnten, sobald die Listen von den Trägern zurück seien.

Hinsichtlich der Kontaktverfolgungs-App „Luca“ verweist **Frau von Ostrowski** auf Nachfrage von **Abg. Jaap** auf den Ausschuss für Personal- und Organisationsentwicklung.

Zur Finanzierung der dezentralen Impfzentren, nach der sich **Abg. Borngräber** erkundigt, führt **Frau von Ostrowski** aus, dass hierfür nicht der Landkreis zuständig sei. Das Impfzentrum wird im Auftrag des Landes geführt und dieses sei lange gegen dezentrale Standorte gewesen. Vom Land werden für die dezentralen Impfzentren nur die Personalkosten, Arztkosten sowie die sächliche Ausstattung übernommen und die verbleibenden Kosten werden von der Kommune getragen.

Um 15:20 Uhr verlässt Frau von Ostrowski die Sitzung und die Videokonferenz mit Frau Menzel wird beendet.

Anmerkung zu Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt.

b) Neuberufung Mitglieder im örtlichen Beirat des Jobcenters

Frau Colshorn berichtet, dass als Mitglied des örtlichen Beirates des Jobcenters Herr Warnken von der BBS Zeven und als Ersatzmitglied Frau Lotzkat von der BBS Rotenburg berufen wurden.

Anmerkung zu Protokoll: Eine Liste der aktuellen Beiratsmitglieder ist als Anlage 2 beigefügt.

c) Kennzahlen des Jobcenters im Jahr 2020

Die Arbeitslosenquote hat sich im Jahr 2020 trotz der Coronapandemie im Bereich des SGB II positiv entwickelt und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist gegenüber dem Vorjahr erneut spürbar auf 3.192 Bedarfsgemeinschaften im Februar gesunken. Allerdings dürfte in der Tendenz im Jahresverlauf mit einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften zu rechnen sein. **Frau Colshorn** weist darauf hin, dass die Folgen für den Arbeitsmarkt aufgrund der coronabedingten Wirtschaftsbeschränkungen für das Jobcenter voraussichtlich erst ab Ende 2021 spürbar sein dürften.

d) Einführung eines Onlineantrages (Erstantrag SGB II)

Ab Anfang März 2021 ist ein Erstantrag auf Arbeitslosengeld II auch online möglich. Neben der weiterhin bestehenden Möglichkeit, den Antrag in Papierform zu stellen, besteht nunmehr die Möglichkeit, den Erstantrag online auszufüllen und Nachweise hochzuladen. **Frau Colshorn** informiert über die Teilnahme an einem entsprechenden Pilotprojekt. Der SGB II-Online-Erstantrag ist auf der Internetseite des Landkreises in der Rubrik Jobcenter (www.lk-row.de/jobcenter) abrufbar.

e) Wohnraumförderrichtlinie

Aus der Wohnraumförderrichtlinie sind im Jahr 2020 insgesamt 3 Anträge für barriere reduzierte Wohnungen gestellt worden, von denen 1 Antrag bewilligt wurde. Laut **Frau Colshorn** wurden seit Beginn der Wohnraumförderrichtlinie 2013 von 23 Anträgen für nicht barriere reduzierte Wohnungen gestellten Anträgen 18 bewilligt. Von 37 Anträgen für barriere reduzierte Wohnungen sind 34 bewilligt worden. Für 2021 stehen für Wohnraumförderung Haushaltsreste der vergangenen Jahre in Höhe von insgesamt 480.000,00 € zur Verfügung.

f) Örtlicher Pflegebericht

Frau Colshorn berichtet, dass die Erstellung des örtlichen Pflegeberichts im Februar 2021 öffentlich ausgeschrieben wurde und die Angebote derzeit geprüft werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit eines Behindertenbeirates im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2016-21/1204

Vors. Schmidt erkundigt sich bei **Frau Flake**, ob diese sich in der Satzung wiederfinden kann. **Frau Flake** berichtet, dass bereits im Rahmen der geplanten Änderung ein Austausch des Behindertenbeirats mit **Frau Colshorn** und **Frau Brünjes** stattgefunden hat. Sie regt an, § 2 Abs. 3 dahingehend zu präzisieren, dass dort der „Kreissenorenrat“ anstelle des „Seniorenbeirats“ angeführt wird. Weiter erkundigt sie sich, ob der Behindertenbeirat auf Anfrage der örtlichen Seniorenbeiräte dort beratend tätig werden dürfe. Dies bejaht **Frau Colshorn** und weist klarstellend darauf hin, dass durch den Behindertenbeirat keine Einzelfallberatung erfolgen können, sondern vielmehr nur allgemein informiert werden dürfe.

Anmerkung zum Protokoll: Der geänderte Satzungsentwurf ist als Anlage 3 beigefügt.

Der Ausschuss beschließt, unter Änderung von § 2 Abs. 3, folgende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss abzugeben. Die Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit eines Behindertenbeirates im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der in der Anlage vorgelegten Form beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht zur Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und Sachstand zur Einführung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)**
Vorlage: 2016-21/1203

Frau Brünjes präsentiert die Vorlage und erklärt auf Nachfrage von **Abg. Brandt**, dass die Fallzahlen insgesamt konstant seien. Aufgrund der erfolgten Trennung der Fachleistungen von den Existenzleistungen ist der Anteil der auf die Fachleistungen entfallenden Aufwendungen angestiegen. Insgesamt ist eine steigende Tendenz für die finanziellen Aufwendungen zu erwarten. Ergänzend verweist **Frau Colshorn** bei den Leistungen für Personen über 18 Jahren auf den verminderten Gestaltungsspielraum hin, weil insbesondere die Entgeltverhandlungen durch das Land geführt werden und dementsprechend die Steuerungsmöglichkeiten für den Landkreis in diesem Bereich stark eingeschränkt sind. Die verbleibenden Steuerungspotentiale des Kreises müssten daher intensiv genutzt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Bericht über die kommunale Eingliederungsmaßnahme nach § 16a Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – Case-Manager**
Vorlage: 2016-21/1207

Herr Stein präsentiert die Vorlage.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfragen**

Auf Frage der **Vors. Schmidt** nimmt **Herr Stein** zu dem Thema Mehrbedarf für digitale Endgeräte für den Schulunterricht nach § 21 Abs. 6 SGB II zunächst Bezug auf die am 01.03.2021 und 03.03.2021 beantworteten Anfragen des **Abg. Peters**. Diese wurden allen Fraktionen zur Verfügung gestellt. Seit dem 01.02.2021 sei das Jobcenter in der Lage, Kundinnen und Kunden des Jobcenters einen Zuschuss für die Anschaffung von digitalen Endgeräten zur Teilnahme am pandemiebedingten Schulunterricht zu gewähren, soweit Schülerinnen und Schüler von ihrer jeweiligen Schule digitale Endgeräte nicht zur Verfügung gestellt bekommen. Zuvor sei es lediglich möglich gewesen, ein Darlehen zu gewähren. **Herr Stein** führt weiter aus, dass die Schulen die Schülerinnen und Schüler auf die Antragsmöglichkeit beim Jobcenter hingewiesen und entsprechend vom Kultusministerium informiert worden seien. Das Jobcenter stelle den Schulen Antragsvordrucke zur Verfügung. Ein Antrag könne im Jobcenter formlos gestellt werden. Zusätzlich habe das Jobcenter entsprechende Antragsunterlagen (Antragsvordruck, Bescheinigung der Schule, Informationsschreiben) gefertigt.

Da keine weiteren Berichte und Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Schmidt** die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Schmidt

Vorsitzende

gez. Colshorn

Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin

gez. Tenzer

Protokollführerin